

April 2014

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Konflikt mit Russland: Internationale Position Deutschlands umstritten	3
Mehrheit gegen verstärkte NATO-Präsenz in Osteuropa	5
Weiterhin klare Mehrheit für mehr gemeinsame Politik in Europa	7
Sonntagsfrage Europawahl: SPD und AfD stärker, Grüne und FDP schwächer	9
Direktwahl EU-Kommissionspräsident: Schulz knapp vor Juncker	11
Regierungszufriedenheit: Gespaltene Bewertung der Großen Koalition.....	12
Politikerzufriedenheit: Gabriel und Nahles mit deutlichem Plus	14
Drei Viertel der Bürger finden Rentenpläne der Bundesregierung gut	16
Sechs von zehn wollen früher in Rente gehen	17
Sonntagsfrage Bundestagswahl: SPD legt zu, AfD bei 5 Prozent	18

ARD – DeutschlandTREND April 2014

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfragen: 1.506 Befragte
Erhebungszeitraum	31. März bis 01. April 2014 Sonntagsfragen: 31. März bis 02. April 2014
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Kein anderes Thema hat in den letzten Wochen die außenpolitische Agenda so sehr beherrscht wie die Krise um die Halbinsel Krim. Mit Blick auf die Rolle Deutschlands in diesem Konflikt ist die Haltung der Bundesbürger sehr ambivalent: 45 Prozent meinen, Deutschland solle sich fest im westlichen Bündnis positionieren. Die andere Hälfte (49 Prozent) plädiert für eine Art Vermittlerrolle der Bundesrepublik zwischen NATO und EU einerseits und Russland andererseits. Eine stärkere Präsenz der NATO in den osteuropäischen Mitgliedsländern zur Überwachung und Sicherung des Luftraums wird von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung abgelehnt (53 Prozent). 40 Prozent sprechen sich für verstärkte Luftraumüberwachung an den Grenzen des Militärbündnisses aus. Eine Beteiligung der Bundeswehr lehnen 61 Prozent der Deutschen ab.

Eine verstärkte europäische Integration ist der ausdrückliche Wunsch einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung (65 Prozent). Der Konflikt mit Russland brachte aus Sicht von 62 Prozent der Bevölkerung für die EU auch einen positiven Effekt, weil er die Gemeinschaft wieder stärker zusammengeschweißt hat. Der Wunsch nach stärkerer europäischer Zusammenarbeit ist nicht zuletzt darin begründet, dass wir durch die EU in Europa sicherer leben (72 Prozent) und die Gemeinschaft gerade in Krisenzeiten besonderen Schutz bietet (68 Prozent). 70 Prozent erwarten aber von der EU, dass sie außenpolitisch stärker in Erscheinung tritt. Eine mögliche Folge des Konflikts mit Russland ist, dass die EU-Osterweiterung mehrheitlich kritisch gesehen wird (56 Prozent).

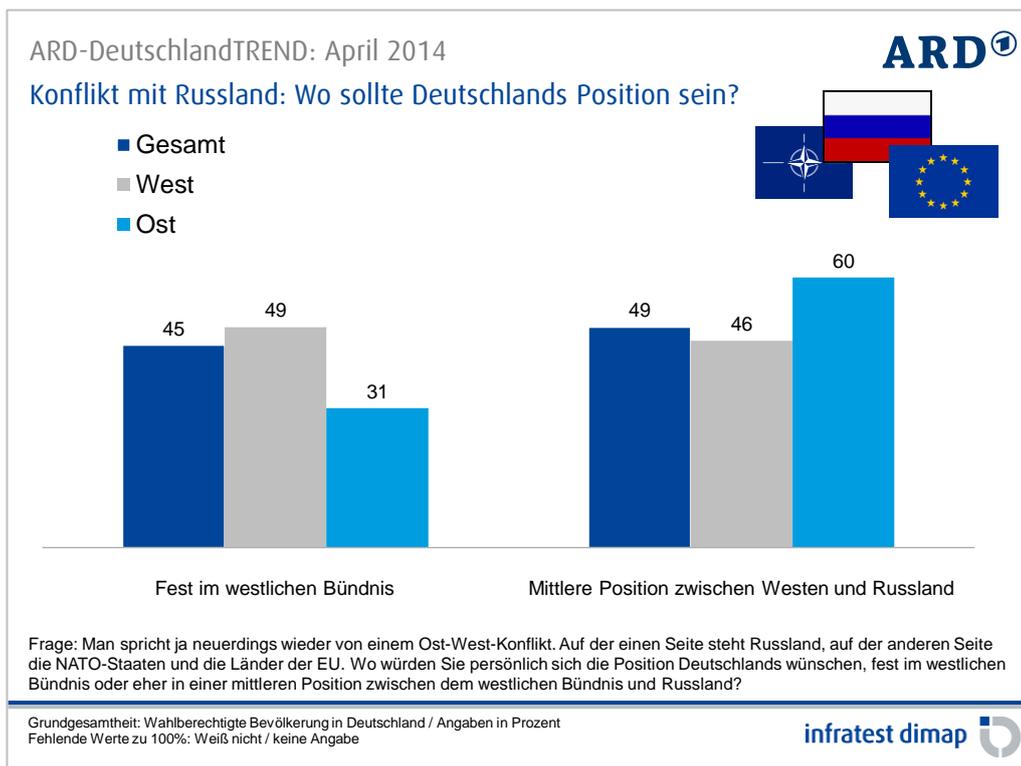
Die politische Stimmung fällt weiterhin klar zugunsten der Union aus. Bei einem Urnengang zur **Europawahl** könnte die CDU/CSU wie im Vormonat 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die SPD hätte 28 Prozent (+2) in Aussicht. Zulegen kann auch die AfD mit aktuell 6 Prozent (+1). Während die Linke stabil bei 7 Prozent liegt, müssen sowohl die Grünen (9 Prozent, -2) als auch die FDP (3 Prozent, -1) leichte Einbußen hinnehmen. In der **bundespolitischen Stimmung** würde die Union derzeit 41 Prozent erreichen (-1). Auch hier legt die SPD zu (26 Prozent, +2). Die Grünen verlieren 1 Punkt, bleiben mit 10 Prozent aber zweistellig drittstärkste Kraft. Während Linke (9 Prozent) und FDP (4 Prozent) ihren Stimmenanteil stabil halten, legt die AfD leicht zu und hätte mit 5 Prozent zumindest Chancen auf den Einzug in den Bundestag.

Die Rentenpolitik der Bundesregierung findet bei 73 Prozent der Bürger ein positives Echo. Im Zuge dessen verbessert sich die Zufriedenheit sowohl mit der Regierung insgesamt als auch mit einer Reihe von Kabinettsmitgliedern. Dies gilt vor allem für SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit einem Plus von 7 Punkten auf 51 Prozent. Auch SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles wird offenbar für ihre Initiative bei der Mindestlohn-Einführung belohnt: Dank eines Zuwachses von 7 Punkten auf nun 42 Prozent erreicht sie ihren bisher besten Wert im ARD-DeutschlandTREND. Mit Spitzenreiterin Angela Merkel sind aktuell 72 Prozent zufrieden (+1). Diesen Wert hat sie zuletzt im August 2009 erreicht. Knapp dahinter liegt Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit 71 Prozent (-3). CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble erhält mit 69 Prozent Zustimmung (+1), seinen bisher besten Wert im ARD-DeutschlandTREND.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND April 2014, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Konflikt mit Russland: Internationale Position Deutschlands umstritten

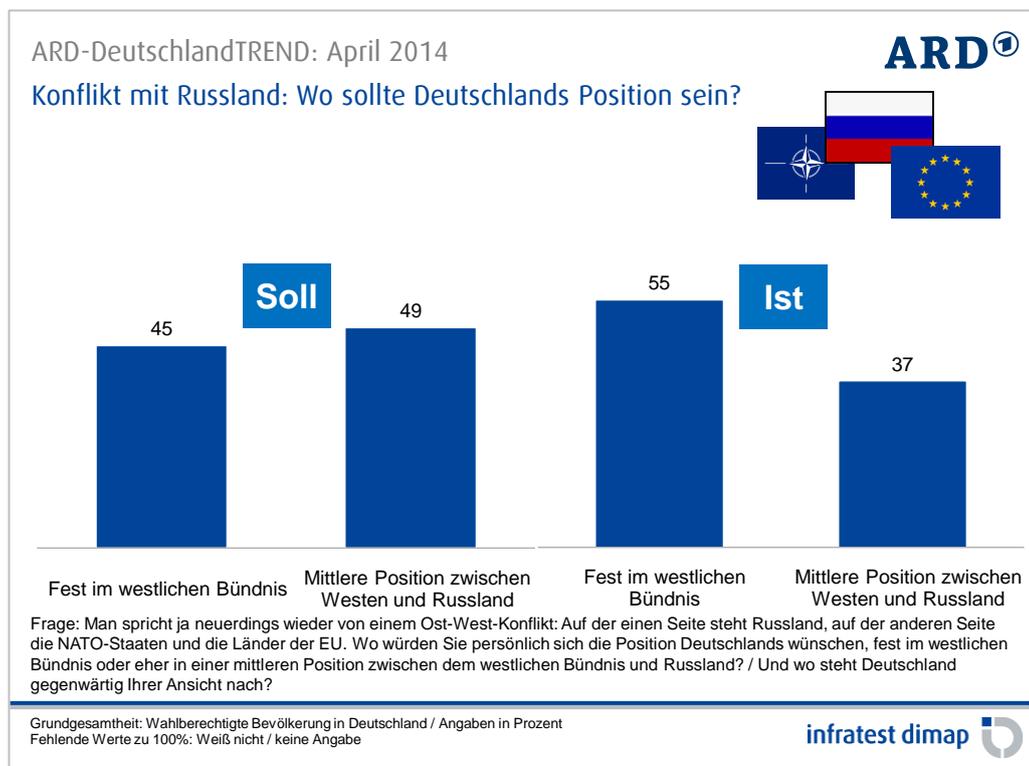
Kein anderes Thema hat in den letzten Wochen die außenpolitische Agenda so sehr beherrscht wie die Krise um die Halbinsel Krim. Vielfach wurde in den Vorgängen das Entstehen eines neuen Ost-West-Konflikts gesehen oder gar eine Wiederbelebung des „Kalten Kriegs“. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Rolle die Bundesrepublik bei diesem Konflikt spielen sollte. Die Antworten der Bundesbürger darauf fallen sehr unterschiedlich aus. Auf der einen Seite wünschen sich 45 Prozent, Deutschland solle sich fest im westlichen Bündnis positionieren. Nur wenig größer fällt mit 49 Prozent der Anteil derer aus, die für eine Art Vermittlerrolle plädieren und die Bundesrepublik gerne in einer mittleren Position zwischen NATO und EU einerseits und Russland andererseits sehen würden.



Eine Mehrheit für eine feste Verankerung im westlichen Bündnis findet sich nur bei Unions-Anhängern, die allerdings mit 52:44 Prozent relativ knapp ausfällt. In den Anhängerschaften von SPD, Grünen und Linken besteht dagegen eine deutliche Mehrheit für eine Mittelposition.

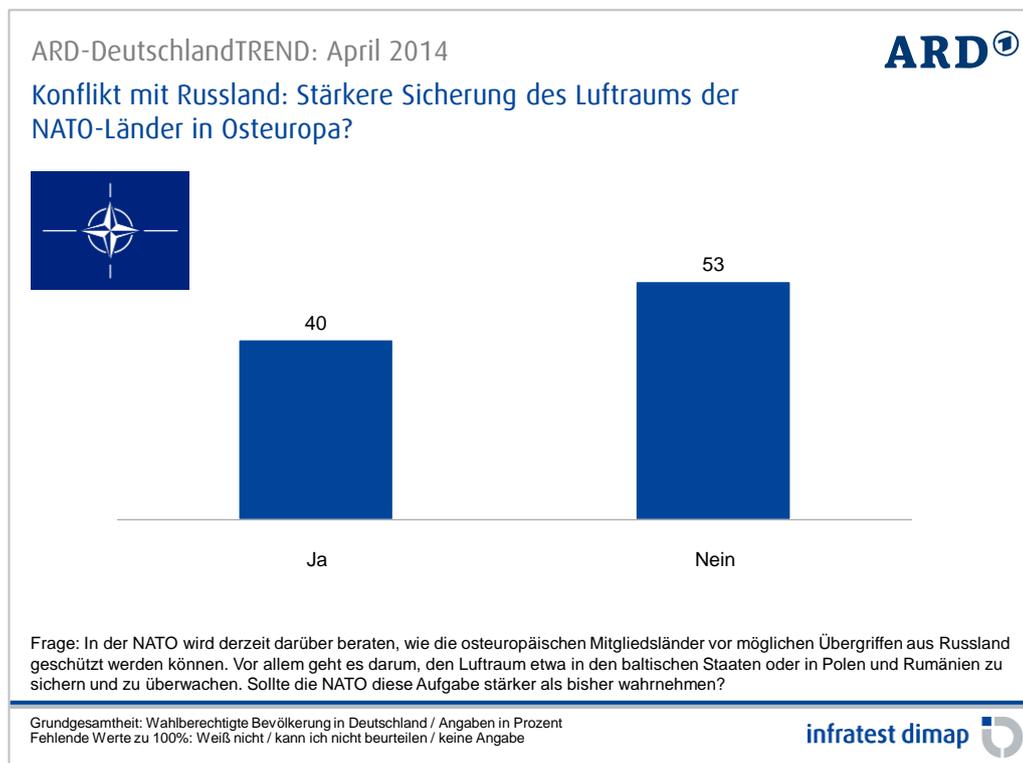
Bei dieser Frage tritt ein deutlicher Unterschied zwischen West- und Ost-Deutschland zu Tage. Während in den alten Ländern jeder zweite Bürger (49 Prozent) eine klare Positionierung im westlichen Bündnis wünscht, teilen in den neuen Ländern nur 31 Prozent diese Meinung. Sechs von zehn Ostdeutschen sprechen sich hingegen für eine Mittlerrolle aus.

Die Rolle eines Vermittlers entspricht indes nach Meinung von lediglich 37 Prozent den tatsächlichen Verhältnissen, während die Mehrzahl von 55 Prozent der Bevölkerung glaubt, Deutschland habe sich eindeutig auf die Seite des Westens gestellt.

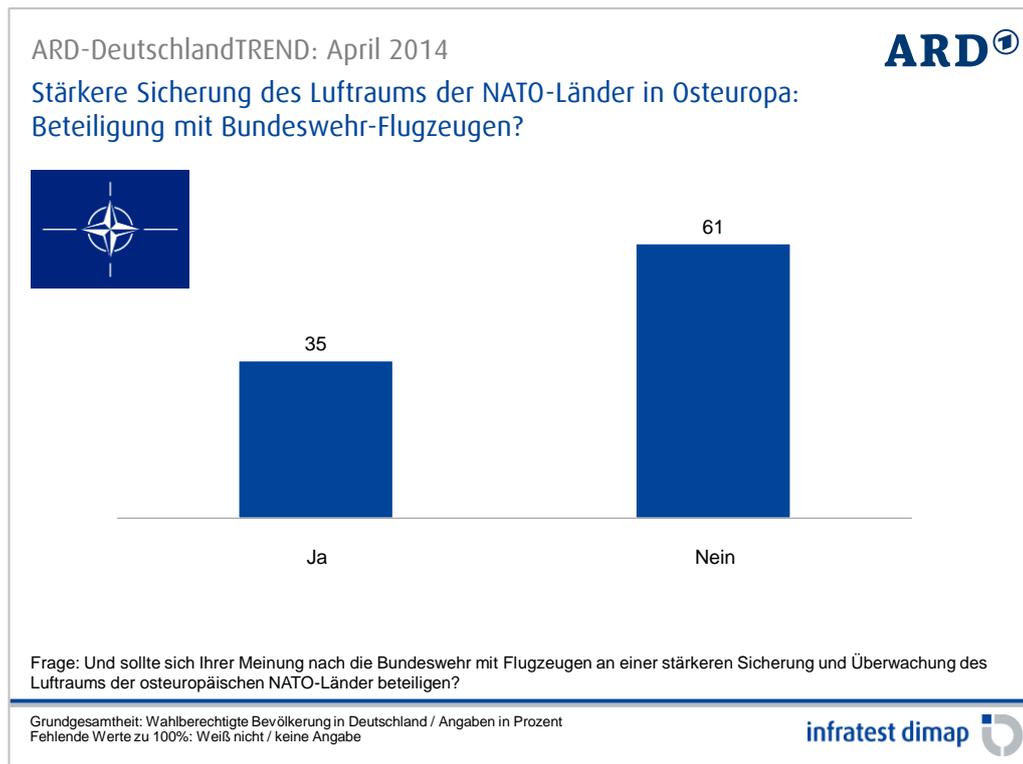


Mehrheit gegen verstärkte NATO-Präsenz in Osteuropa

Die NATO hat in den letzten Tagen beschlossen, Aufklärungs- und Kampfflugzeuge in die baltischen Länder zu verlegen. Auch andere osteuropäische Mitglieder des Bündnisses wünschen sich zur Überwachung und Sicherung des Luftraums eine stärkere Präsenz der NATO in ihren Ländern. Eine Politik, die auf verstärkte militärische Sicherung in Osteuropa abzielt, wird von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung abgelehnt. Vier von zehn Bundesbürgern (40 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass die NATO mehr für die Luftraumüberwachung tun sollte. Demgegenüber lehnen 53 Prozent ein solches Vorgehen ab.



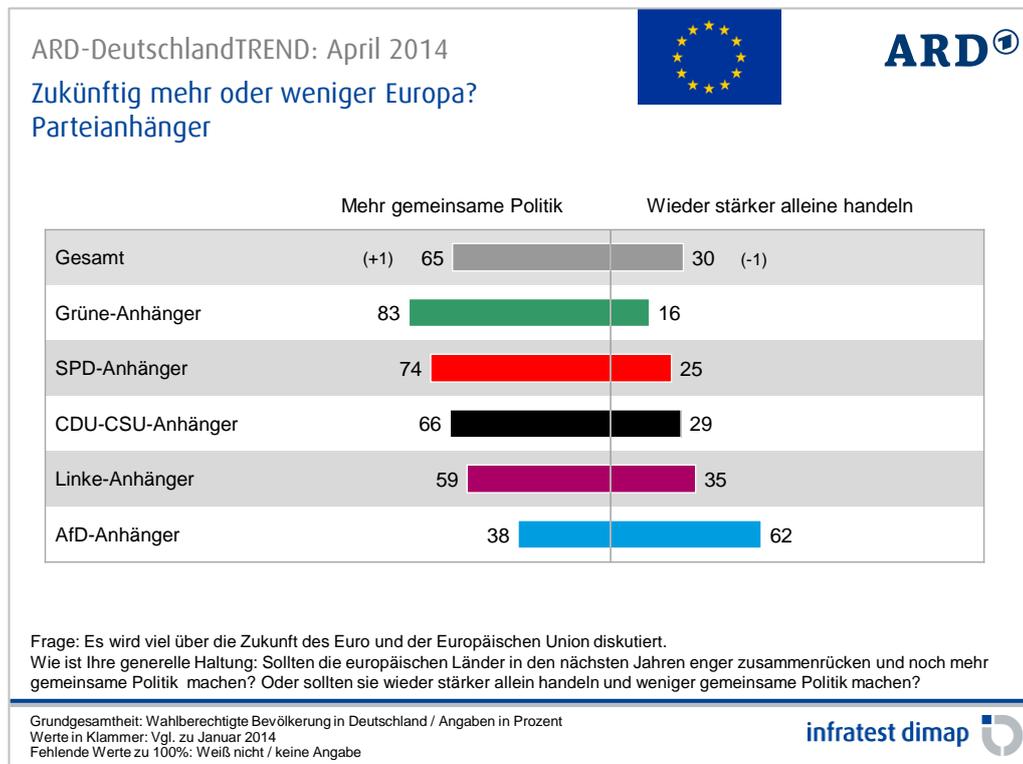
Eine Beteiligung der Bundeswehr an entsprechenden Maßnahmen wäre hierzulande wenig populär. Lediglich jeder dritte Bundesbürger (35 Prozent) hält hier ein deutsches Engagement für richtig, 61 Prozent wollen davon allerdings nichts wissen.



Auch hier sind die Vorbehalte in Ost-Deutschland etwas ausgeprägter als in West-Deutschland.

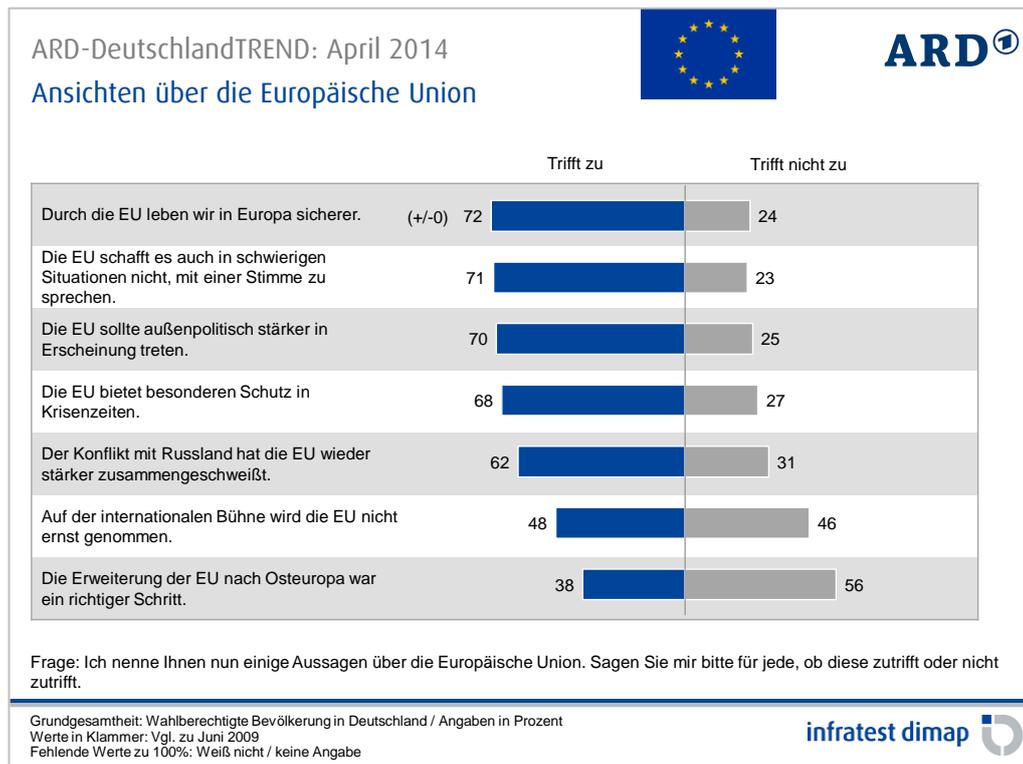
Weiterhin klare Mehrheit für mehr gemeinsame Politik in Europa

Eine verstärkte europäische Integration ist der ausdrückliche Wunsch einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Zwei von drei Bundesbürgern (65 Prozent) äußern die Ansicht, die europäischen Länder sollten künftig stärker als bisher zusammenrücken und mehr gemeinsame Politik betreiben. Lediglich 30 Prozent hielten es für besser, wenn die einzelnen Länder wieder mehr alleine handeln würden.



Innerhalb der Parteiangehörigen sprechen sich fast alle mehr oder weniger deutlich für mehr europäische Gemeinsamkeit aus. Ausnahme sind lediglich die Anhänger der AfD, von denen der überwiegende Teil für stärkere Eigenständigkeit der einzelnen EU-Länder plädiert.

Der Wunsch nach stärkerer europäischer Zusammenarbeit ist wohl nicht zuletzt darin begründet, dass wir durch die EU in Europa sicherer leben (72 Prozent) und die Gemeinschaft gerade in Krisenzeiten einen besonderen Schutz bietet (68 Prozent). Sieben von zehn Bundesbürgern (70 Prozent) erwarten von der Europäischen Union, sie solle außenpolitisch stärker in Erscheinung treten. In gleichem Maße (71 Prozent) wird aber in Abrede gestellt, dass eine zentrale Voraussetzung dafür gegeben ist, nämlich Einigkeit zu zeigen und mit einer Stimme zu sprechen. Als Hindernis für mehr gemeinsame europäische Außenpolitik kommt nach Meinung von knapp der Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) der Umstand hinzu, dass die EU auf der internationalen Bühne nicht ernst genommen wird.

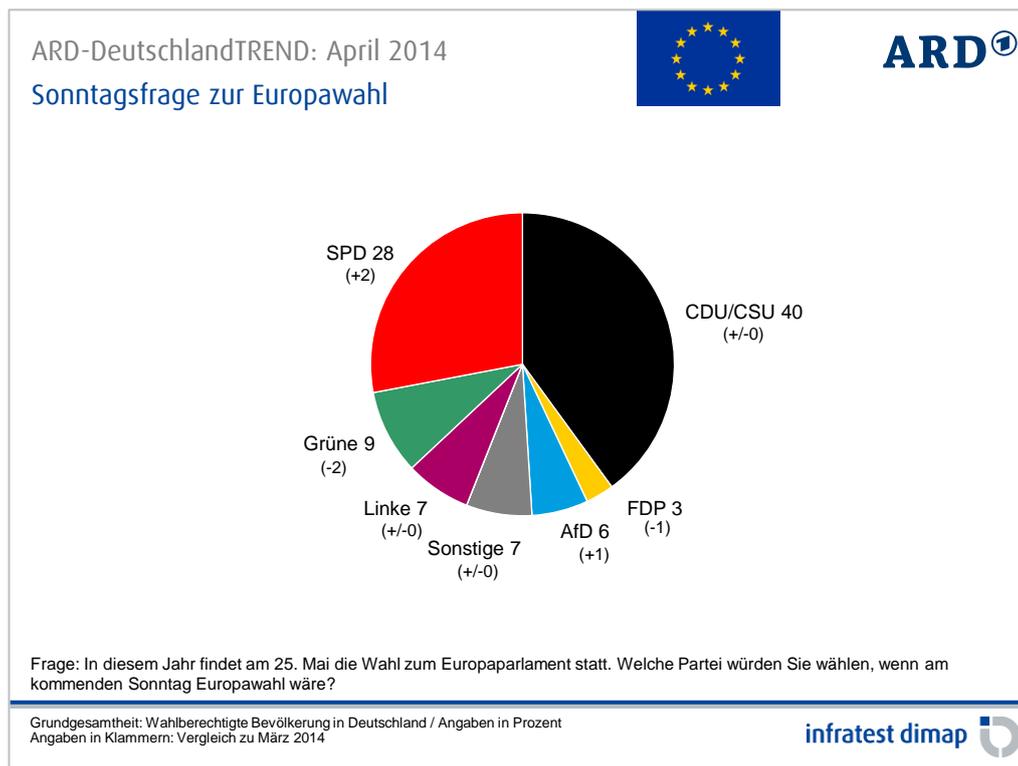


Die jüngsten Ereignisse um die Halbinsel Krim und der dadurch ausgelöste Konflikt mit Russland brachten, so die Einschätzung von 62 Prozent der Bevölkerung, für die EU auch einen positiven Effekt, weil er die Gemeinschaft wieder stärker zusammengeschweißt hat.

Deutliche Kritik wird mit Blick auf die Osterweiterung der EU in den letzten Jahren laut: Lediglich 38 Prozent glauben, dass die Aufnahme osteuropäischer Länder ein richtiger Schritt war, während es die Mehrheit von 56 Prozent lieber gesehen hätte, wenn er unterblieben wäre.

Sonntagsfrage Europawahl: SPD und AfD stärker, Grüne und FDP schwächer

Rund sieben Wochen vor dem Urnengang ist die Union weiterhin stärkste Kraft im Ringen um die 96 deutschen Mandate im Europaparlament. Fände die Europawahl bereits am nächsten Sonntag statt, würden sich wie im Vormonat 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die CDU/CSU entscheiden. Die Sozialdemokraten lägen zwar deutlich dahinter, können ihren Stimmenanteil gegenüber März aber um 2 Punkte auf nun 28 Prozent ausbauen. Zulegen kann auch die AfD, für die sich aktuell 6 Prozent (+1) der Wahlberechtigten entscheiden würden. Während die Linke stabil bei 7 Prozent liegt, müssen sowohl die Grünen (9 Prozent, -2) als auch die FDP (3 Prozent, -1) leichte Einbußen hinnehmen.



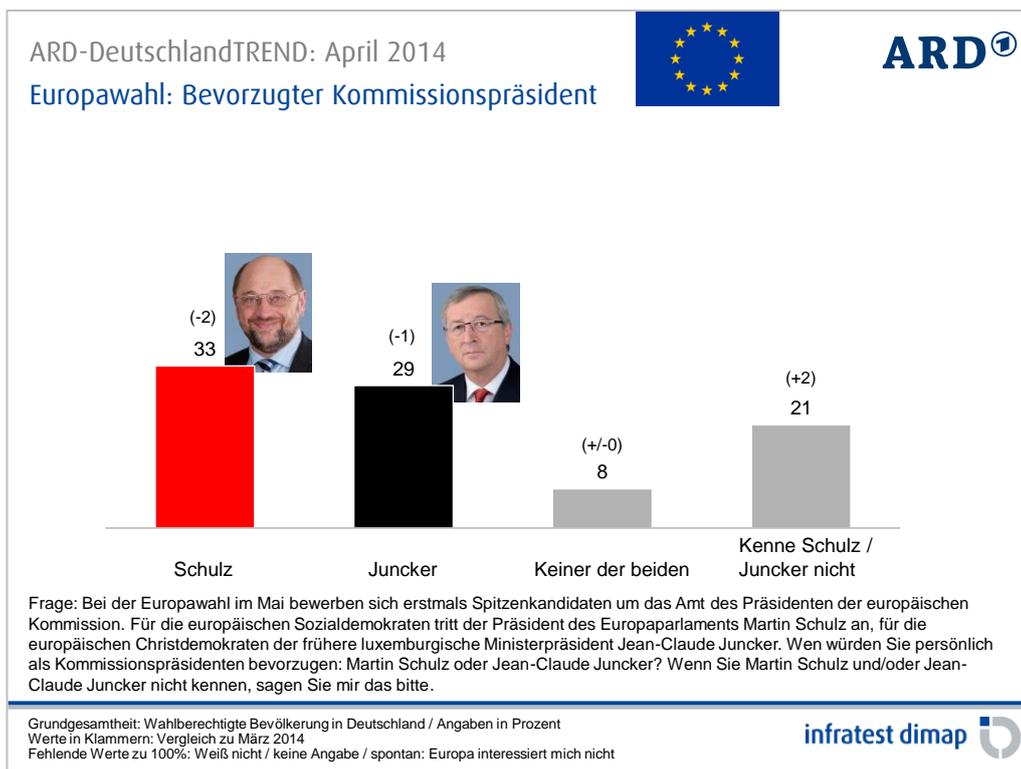
Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 7 Prozent der Wählerstimmen erreichen (+/-0). Mit der Aufhebung der Sperrklausel für die Europawahl haben Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent oder darunter Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Im DeutschlandTREND werden Parteien unter 3 Prozent nicht ausgewiesen, wenn sie nicht im Parlament vertreten sind. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens ist der Rundungsfehler für kleine Parteien erheblich: Ein Anteil von 0,51 Prozent würde ebenso auf 1 Prozent gerundet wie ein Anteil von 1,49 Prozent. Zweitens gilt für die meisten nicht im Parlament vertretenen Parteien, dass sie üblicherweise erst

unmittelbar vor der Wahl die Aufmerksamkeit der Wähler erreichen und mobilisieren können.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Direktwahl EU-Kommissionspräsident: Schulz knapp vor Juncker

Nach der Europawahl im Mai muss der künftige Präsident der Europäischen Kommission neu bestimmt werden. Könnten die Deutschen den EU-Kommissionspräsidenten direkt wählen, würde der Kandidat der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz gegenwärtig mit einem knappen Vorsprung vor seinem Kontrahenten Jean-Claude Juncker von den Christdemokraten liegen. Für den deutschen Parlamentspräsidenten würden 33 Prozent der Bundesbürger votieren. Auf den Luxemburger Jean-Claude Juncker entfielen 29 Prozent der Stimmen. Knapp jeder Zehnte (8 Prozent) kann oder will sich für keinen der beiden entscheiden. Einem Fünftel der Deutschen (21 Prozent) ist Schulz bzw. Juncker nicht bekannt.

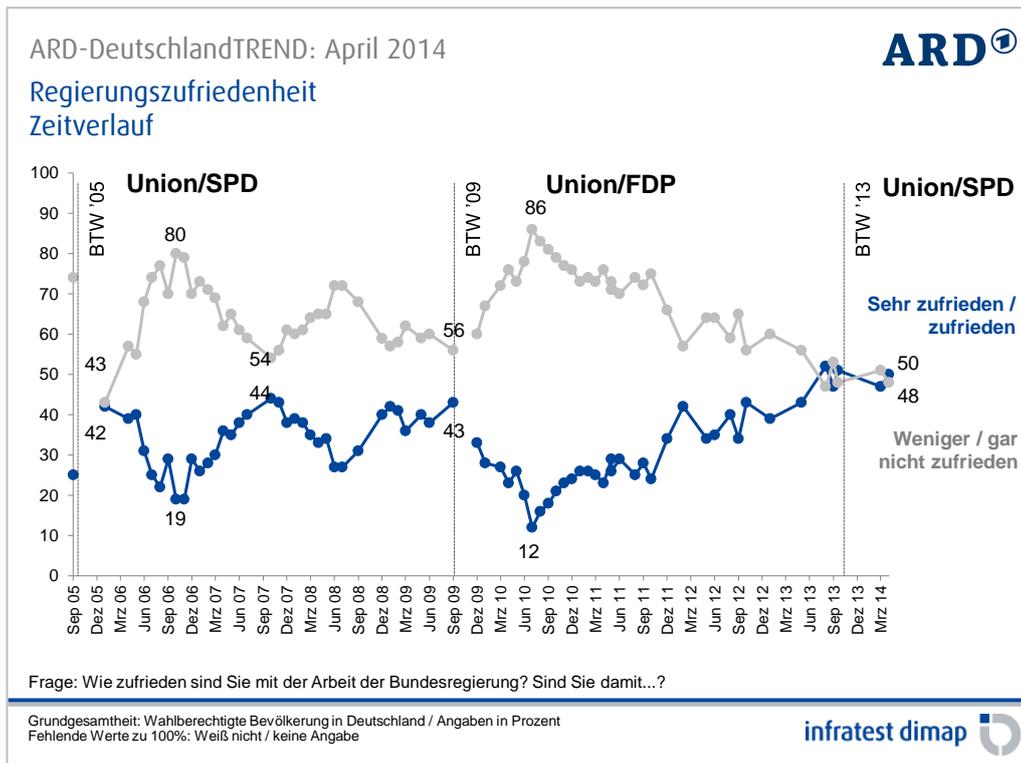


In den letzten vier Wochen hat sich der Rückhalt der beiden Kandidaten nur marginal verändert.

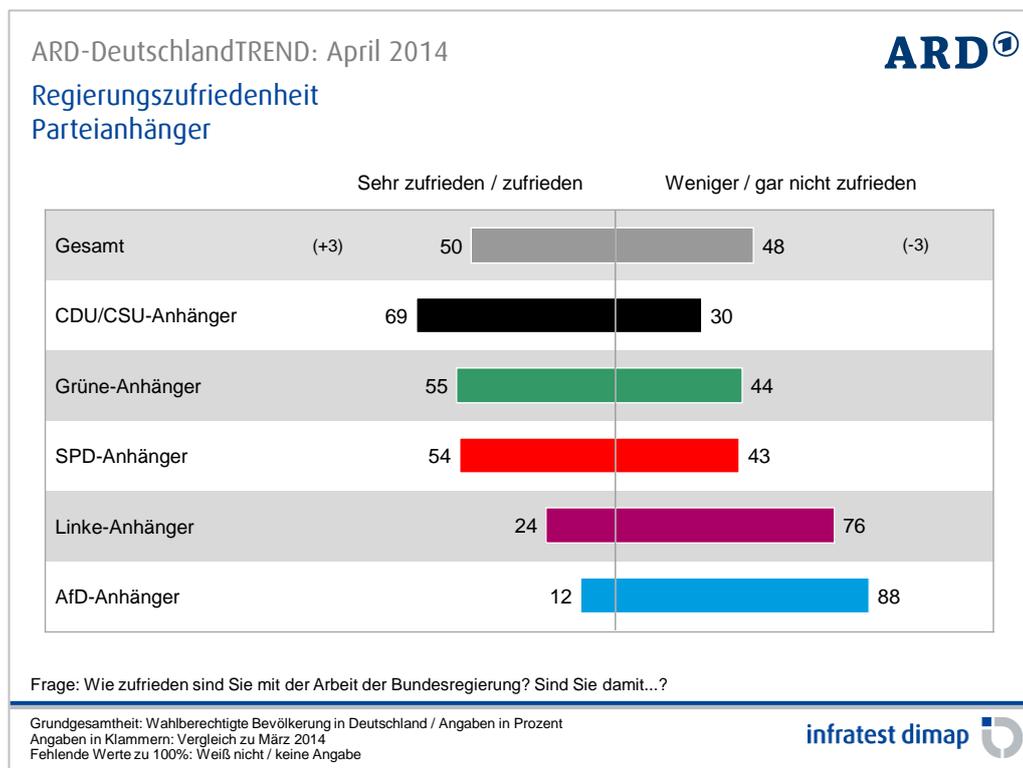
Martin Schulz findet vor allem bei den Anhängern der SPD, aber auch unter den Wählern der Grünen und der Linken mehrheitlich Rückhalt. Jean-Claude Juncker könnte im Lager der Unionsparteien und bei den Wählern der AfD die deutliche Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinen.

Regierungszufriedenheit: Gespaltene Bewertung der Großen Koalition

Rund drei Monate nach Amtsantritt ist die Hälfte der Bevölkerung (50 Prozent) in Deutschland sehr zufrieden (2 Prozent) bzw. zufrieden (48 Prozent) mit der Großen Koalition. Fast genauso viele (48 Prozent) sind allerdings weniger (39 Prozent) oder gar nicht zufrieden (9 Prozent) mit der Arbeit von Union und SPD. Im Vergleich zum März hat die Zahl der positiven Bewertungen um 3 Punkte zugenommen. Damit stabilisiert sich die Bewertung der Bundesregierung. Bei der letzten Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2005 überwog wenige Monate nach Beginn der Legislaturperiode bereits die Kritik.

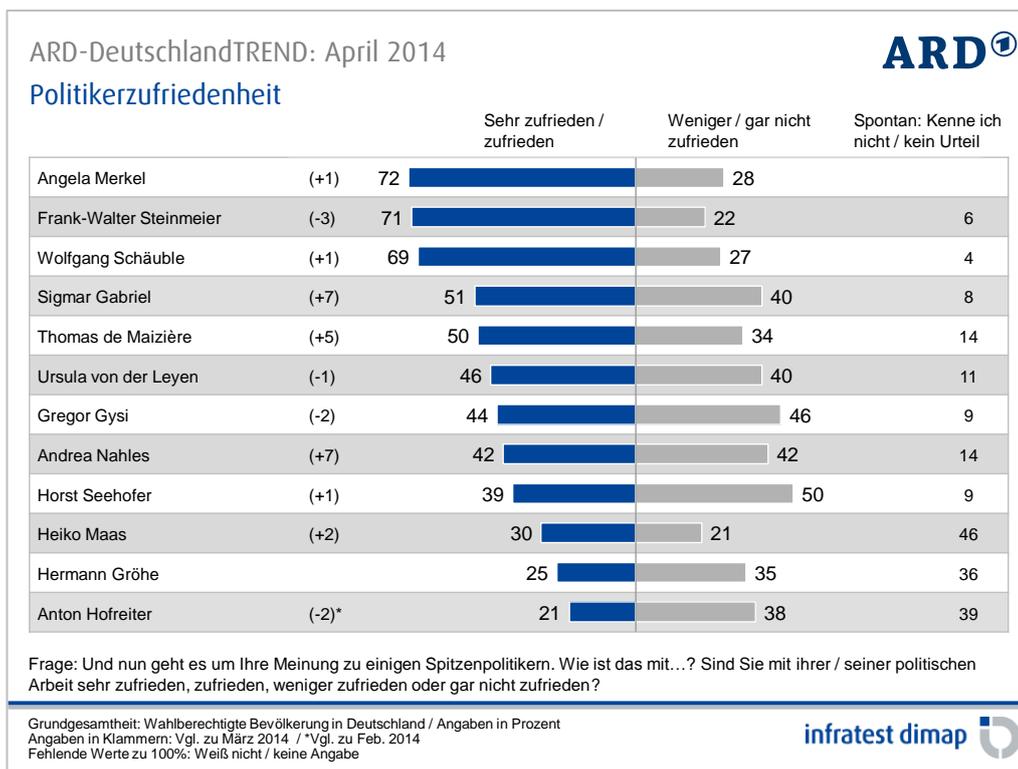


Grundlage für die etwas bessere Bewertung der schwarz-roten Koalition ist die gestiegene Zufriedenheit in den Anhängerschaften der Regierungsparteien. Darüber hinaus sind, anders als im Vormonat, aber auch die Grünen-Anhänger mehrheitlich zufrieden mit dem Wirken der „GroKo“. Im Gegensatz dazu positionieren sich die Anhänger von Linke und AfD, die sich mit sehr deutlichen Mehrheiten kritisch äußern.



Politikerzufriedenheit: Gabriel und Nahles mit deutlichem Plus

Bundeskanzlerin Angela Merkel steht in diesem Monat wieder ganz oben auf der Liste der beliebtesten Politiker Deutschlands. Aktuell sind 72 Prozent der Deutschen mit ihrer Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden (+1 Prozentpunkt im Vergleich zum März). Diesen Wert hat sie zuletzt im August 2009 erreicht. Weil zugleich Frank-Walter Steinmeier drei Punkte verliert, schiebt sich die CDU-Vorsitzende am Spitzenreiter des Vormonats vorbei auf Platz Eins. Der SPD-Außenminister bekommt von 71 Prozent der Bürger Lob für seine Arbeit. Dicht dahinter platziert sich der CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble mit 69 Prozent Zustimmung (+1). Für ihn ist dies sein bester bisher gemessener Wert im ARD-DeutschlandTREND.



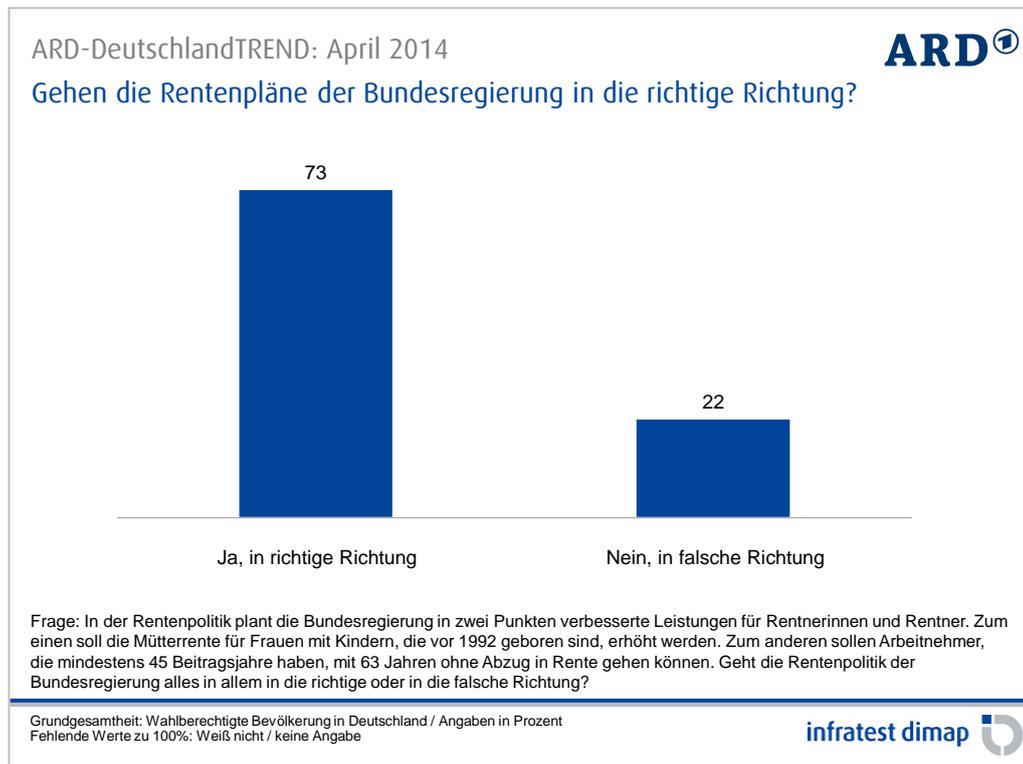
Das Mittelfeld wird von SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angeführt, der von 51 Prozent der Bürger Zustimmung erfährt – ein Plus von 7 Punkten binnen Monatsfrist. Auch SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles wird offenbar für ihre Initiative bei der Einführung eines Mindestlohns belohnt: Dank eines Zuwachses von 7 Punkten auf nun 42 Prozent erreicht sie ihren bisher besten Wert im ARD-DeutschlandTREND. SPD-Justizminister Heiko Maas, der mit der Einführung der „Mietpreisbremse“ und der Frauenquote zu punkten sucht, kann sich hingegen nur über einen relativ bescheidenen Popularitätszuwachs von 2 Punkten auf aktuell 30 Prozent freuen. Allerdings traut sich die Hälfte der Bürger mangels Bekanntheit kein Urteil über den Saarländer zu.

Von den CDU-Ministern vermag auch Thomas de Maizière seinen Rückhalt in der Bevölkerung auszubauen: Derzeit äußern sich 50 Prozent (+5) wohlwollend über das Wirken des Innenministers. Er erreicht damit wieder die Zufriedenheitswerte wie vor der sogenannten „Euro-Hawk-Affäre“ in seiner Zeit als Verteidigungsminister. Nur wenige Punkte dahinter rangiert Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (46 Prozent, -1). Während der CSU-Chef Horst Seehofer ähnlich wie im Vormonat von 39 Prozent (+1) gute Noten bekommt, sind es bei Gesundheitsminister Hermann Gröhe lediglich 25 Prozent.

Populärster Oppositionspolitiker ist der Linken-Fraktionschef Gregor Gysi mit 44 Prozent (-2). Mit der Arbeit des Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Anton Hofreiter, sind lediglich 21 Prozent der Wahlbevölkerung zufrieden. Fast doppelt so viele (38 Prozent) fällen ein negatives Urteil über den Bayern.

Drei Viertel der Bürger finden Rentenpläne der Bundesregierung gut

Die Bundesregierung plant derzeit zwei Reformen des Rentensystems: Zum einen sollen die Rentenzahlungen für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhöht werden. Zum anderen soll für Arbeitnehmer, die bereits 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, schon im Alter von 63 Jahren die Möglichkeit bestehen, in Rente zu gehen ohne dabei Abschläge in Kauf nehmen zu müssen. Insgesamt stößt dieser Kurs der Bundesregierung auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung: 73 Prozent sind der Meinung, dass die Rentenpolitik in die richtige Richtung geht, nur etwa jeder Fünfte (22 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht.

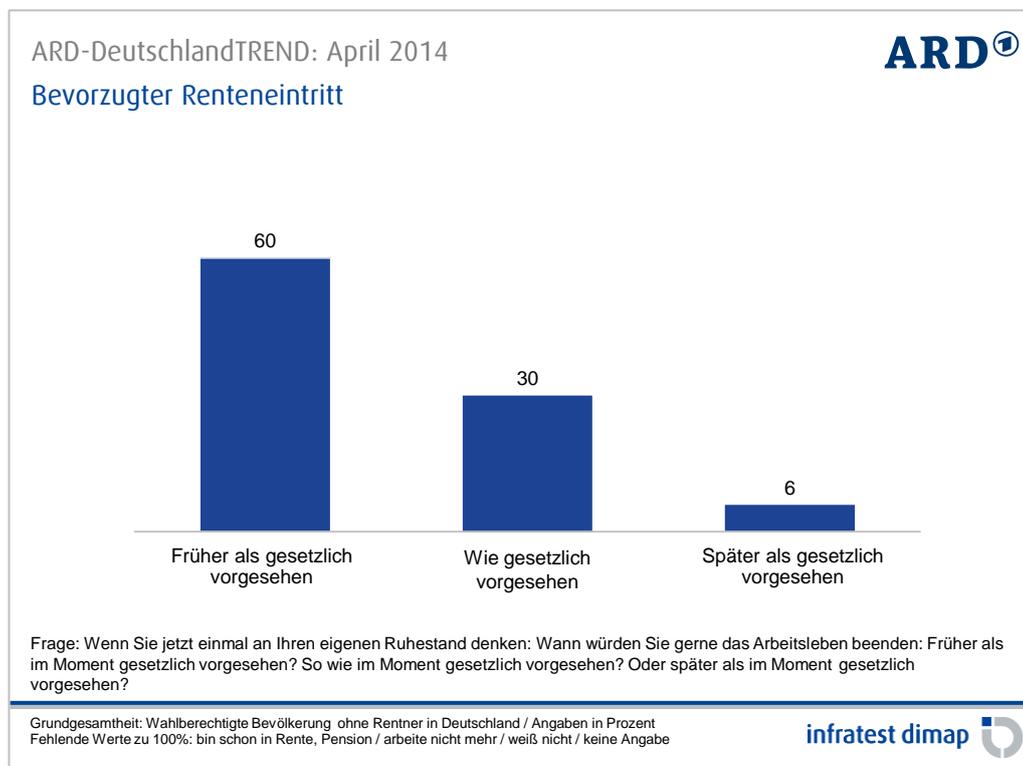


Die Unterstützung der Rentenpläne ist bei Personen mit Haupt- oder Volksschulabschluss, die tendenziell länger in die Rentenkasse einzahlen, mit 81 Prozent deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Zum Vergleich: Bei Abiturienten sind es lediglich 64 Prozent.

Ebenfalls bemerkenswert: Die Bewertung der Rentenpolitik der Bundesregierung ist in der jüngsten Altersgruppe (18-29 Jahre) mit 78 Prozent sogar noch positiver als bei den über 60jährigen mit 70 Prozent.

Sechs von zehn wollen früher in Rente gehen

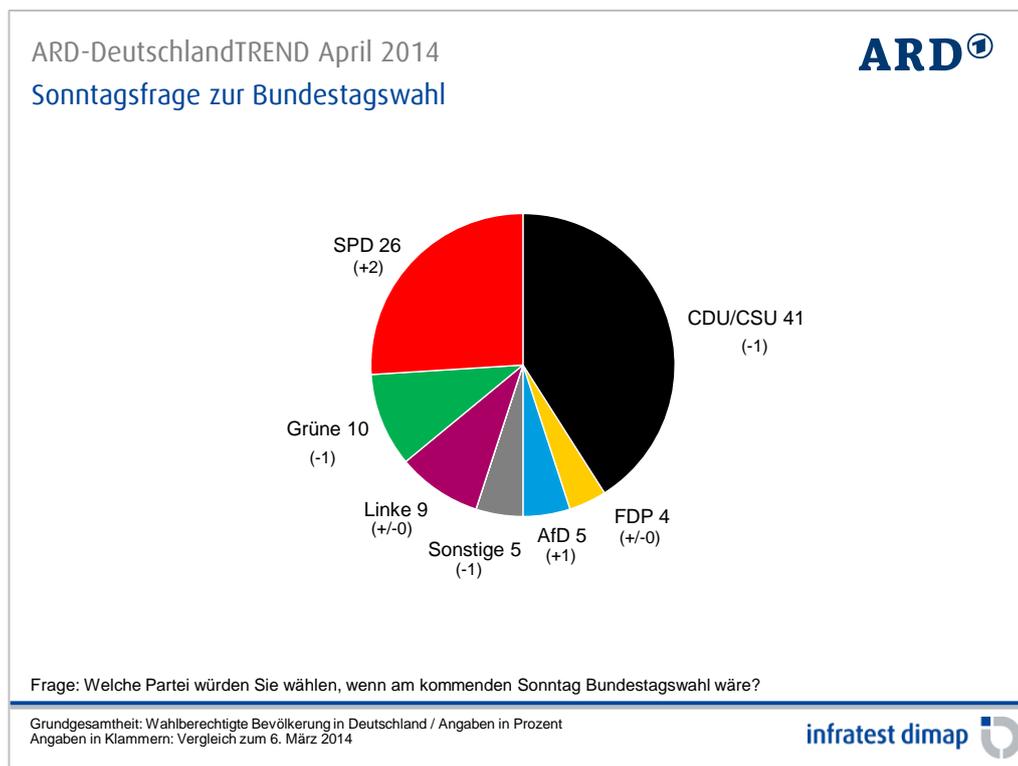
Es gibt in Deutschland einen weit verbreiteten Wunsch, früher als gesetzlich vorgesehen, in Rente zu gehen: Sechs von zehn Erwerbsfähigen (60 Prozent) würden gerne früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Drei von zehn (30 Prozent) möchten zum gesetzlich festgelegten Zeitpunkt ihre Berufstätigkeit beenden. Lediglich 6 Prozent wollen länger arbeiten, als sie eigentlich müssten.



Während zwei Drittel der Angestellten, Beamten und Arbeiter früher in Rente gehen wollen, ist es bei den Selbstständigen nur knapp jeder Zweite.

Sonntagsfrage Bundestagswahl: SPD legt zu, AfD bei 5 Prozent

Auch die bundespolitische Stimmung wird von der CDU/CSU dominiert, die bei einer Neuwahl des Bundestages aktuell auf einen Wähleranteil von 41 Prozent käme. Dies bedeutet ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zum März. Auch mit Blick auf das nationale Parlament vermag die SPD zwei Punkte zuzulegen und würde derzeit 26 Prozent erzielen. Die Grünen verlieren 1 Punkt, bleiben mit 10 Prozent aber zweistellig drittstärkste Kraft. Während Linke (9 Prozent) und FDP (4 Prozent) ihren Stimmenanteil stabil halten, kann die AfD leicht zulegen und hätte mit 5 Prozent zumindest Chancen auf den Einzug in den Bundestag. Alle anderen Parteien könnten zusammengenommen 5 Prozent (-1) der Stimmen auf sich vereinen.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

--

Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert